Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 14 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer müssen nach einmal Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.
Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.
Für das Feuill.: Ludwig Hartmann.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 49. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wolkig bis trübe, ruhiger, zeitweise Niederschläge, etwas wärmer. **Dresden. Mittwoch, 18. Februar.**

Politisches.

Was in Nisch passirt, wann die Scuptschina geschlossen wird, wie Schir Ali über Herat denkt, oder welcher Komet in Argentina entdeckt worden ist, das meldet der deutsche Telegraph den Steuerzahlern des Reiches mit prompter Schnelligkeit. Was aber der deutsche Staatsunterthan über seine eigenen Angelegenheiten wissen möchte, das mag er sich aus den fremdländischen, namentlich den englischen Zeitungen, heraussuchen. Da finden wir in der „Daily News" eine sensationelle Meldung aus Berlin, in nur 16 Worten, die doch wohl der Beachtung ebenso werth gewesen wäre, wie die Thronrede aus Nisch. Das bekanntlich oft gut bediente Londoner Blatt schreibt: es erfahre aus zuverlässigster Quelle, daß der Abschluß eines Sonderbündnisses zwischen Deutschland, England und Oesterreich bevorstehe. Wie schwerwiegend eine solche Coalition für die Erhaltung eines dauernden Friedens wäre, das sieht Jeder ein, der einigermaßen über die europäischen Machtverhältnisse nachgedacht hat. Das republikanische Frankreich droht uns mit keinem Kriege. Nur jene — noch unmächtigen — Parteien, welche die Sympathien des französischen Volks für die Republik untergraben wollen, stellen ihm ein Königthum mit Revanchegedanken so glänzend und schmeichelhaft wie möglich vor. Aber selbst ein noch so starkes Frankreich kann isolirt nicht gegen Deutschland losschlagen und bedarf eines Verbündeten. Das kann aber nur Rußland sein — und diesem Gedanken bricht ein nicht agressives Sonderbündniß der naturgemäß auf den Frieden angewiesenen Centralmächte Deutschland, England und Oesterreich die Spitze ab. Eine solche mit Freuden zu begrüßende, und weil auf die natürlichen Bedürfnisse gebaute, dauerhafte Coalition ist in sich so stark, daß sie ihre Hauptstärke nicht lediglich in den Spitzen der Bayonette zu suchen braucht. Freilich, in dem Moment, wo wir vor der Neubewilligung von 26 Millionen Militärausgaben stehen, könnte das Bestehen eines solchen Separatbündnisses die Reichstagsopposition gegen die wachsende Militärlast kräftigen. Zunächst wird daher wohl die „Nordd. Allg. Ztg." desavouiren: die Meldung der „Daily News" beruhe auf Erfindung. Aber hier und da tauchen doch auch weitere Kundgebungen auf, welche die Erhaltung des Friedens auf anderem Wege, als durch Kanonen und Schwadronen möglich erachten. Eine solche Kundgebung ist die Verabschiedung der Delegationen in Wien durch v. Schmerling. Hochbedeutend muß man es nennen, was dieser einst seiner militaristischen Vorliebe wegen vielbefeindete österreichische Minister über das allgemeine europäische Wettrüsten sagt. Er ist der Veteran des österreichischen Staatsgedankens und wohlvertraut mit Waffenwesen und Heeresmacht. Aber gegen den grauenhaft anschwellenden Militarismus macht er die Unmöglichkeit geltend, in den Ausgaben für den Militäretat einen Kreuzer weiter zu gehen. v. Schmerling sagte zu den Abgeordneten: Er hege die Ueberzeugung, daß der allgemeine Friede nicht gefährdet sei. Bezüglich der in mehreren Staaten Europas an den Tag tretenden Bestrebungen einer neuerlichen Vermehrung der Heere spreche er die Hoffnung aus, die österreichisch-ungarische Regierung werde diesem Beispiele nicht folgen. Der Redner wies dann auf die Concentrirung der vollen Kraft und Thätigkeit des Parlaments zur Hebung der Volkswirthschaft und Heilung vorhandener socialer Schäden hin. Nun — Gott sei Dank! — an einer Regierungsstelle macht sich also doch ein Umschwung geltend bezüglich des Nutzens der Militärüberlast. Da vorige Woche Derby in Heddington ziemlich dasselbe Thema variirte, so fehlt es nur an Deutschland. Sichert sich dies den Rücken durch Anlehnung an diese Mächte, so braucht man nach schwarzen Punkten in Frankreich und Rußland minder ängstlich auszuschauen.

Und des Friedens bedürfen wir augenblicklich recht sehr, nicht nur um den darniederliegenden Industrien und Grundbesitznöthen im Innern aufzuhelfen — nur sicheres Vertrauen fehlt, alle anderen Vorbedingungen sind zu einer besseren Wendung sichtbar! — sondern auch unserer Zukunftsstellung im friedlichen Wettkampf der Nationen wegen. Die Ausstellung in Sidney ist von Deutschland ziemlich muthlos beschickt worden. Reuleaux' Wort „Billig und schlecht" hat zunächst einschüchternd gewirkt und die von Bismarck dekretirte Nichtbeschickung der Pariser 1878er Ausstellung hat auch unserer Industrie nicht eben Muth machen können. So sind es denn nur etwas Textilbranche und Möbel- (Kunstindustrie) Objekte, welche in Sidney Aufsehen machten, von den dortigen Zeitungen als immerhin billige beachtenswerth solide und geschmackvolle Arbeiten gerühmt werden. Jetzt steht eine veritable Weltausstellung in Melbourne bevor, mit Aussicht auf einen doch wohl lohnenden australischen Absatzmarkt. Hoffentlich rührt sich die Reichsregierung und infolge dessen auch unsere Industrie bei Zeiten, um in Melbourne würdig und compakt auftreten zu können. Halbheit nutzt uns nichts, es muß agitirt werden, daß etwas Imposantes zu Stande kommt und wir geben der „Kölnischen Zeitung", welche drüben sehr gute Verbindungen besitzt, sehr recht, wenn sie mahnt, daß sich Deutschland rege in Melbourne betheiligen solle. „Was die Einzelheiten der Frage anbelangt, so sind die Berichte der Melbourner Agenturen wohl maßgebend, auch nehmen wir Anlaß, auf das lobenswerthe Beispiel der sächsischen Handelskammern hinzuweisen, die in Herrn Bahse, dem langjährigen Präsidenten der Handelskammer zu Chemnitz, einen besonderen Vertreter hinüber sandten. Es ist zwar seitens einiger englandfreundlicher Importhäuser eine Agitation im Werke, welche die deutsche Betheiligung gern verhindern möchte mit dem Hinweis darauf, daß ein starkes Absatzgebiet in dem schwach bevölkerten Lande kaum zu erhoffen sei. Dergleichen Einwände aber ließen sich denn doch wohl schließlich gegen jede Ausstellung erheben, da ja allemal zunächst nur Opfer damit verknüpft sind. Der deutsche Fabrikant ist seiner finanziellen Kurzathmigkeit wegen niemals im Stande gewesen, gleich dem Engländer große Waarenmassen auf einen fremden Markt zu werfen. Er war genöthigt, seine Waaren über England und mit englischer Firma ins Ausland zu versenden. So stammt der größte Theil jenes galvanisirten Eisens, welchem wir hier auf Schritt und Tritt begegnen, trotz seiner englischen Marken aus deutschen Fabriken. Diesem Uebel wird durch die Ausstellung hoffentlich abgeholfen werden. Wollten wir uns aber von Melbourne zurückziehen, so würden alle anderen Nationen die Sache sofort in ihrem Sinne und zu ihrem Vortheil auszubeuten versuchen. Es würde heißen, daß Deutschland aus dem Felde geschlagen worden sei, und wir würden wieder einmal den Nachtheil halber Maßregeln in die Tasche zu stecken haben, einen Nachtheil, der gewiß größer wäre, als wenn wir überhaupt niemals an eine Ausstellung in Australien gedacht hätten. Herr Reuleaux hat vorläufig 60,000 Quadratfuß angemeldet gegen 27,000 in Sidney, und zwar 50,000 im Hauptgebäude und 10,000 in den Maschinenhallen. Die Franzosen aber, die unsere schöne Ausstellung in Sidney wahrscheinlich vor Ehrgeiz nicht schlafen läßt, haben daraufhin um nicht weniger als 72,000 Quadratfuß ersucht." Möge die Mahnung des rheinischen Blattes allseits Beachtung finden, auch bei den sächsischen Industriellen und Kunsthandwerkern.

Damit aber dem friedlichen Bild der kriegerische Schluß nicht fehle, theilen wir folgendes Krieg-in-Sicht-Telegramm aus Rom mit. Nicht die „Italia irridenta" predigt ihn, noch die römische Regierung. Den unblutigen Kampf nimmt wohl ohne schwere Folgen — die päpstliche Kurie auf. In einer Encyclika vom 15. Februar weist der Pontifex maximus Leo auf die unsagbaren Wohlthaten der katholischen Kirche hin, welche sie der Gesellschaft erwiesen habe. Sie sei von Gott eingesetzt mit den Attributen der Einheit und Beständigkeit. Die durch heidnische Corruption tief gesunkene Ehe sei von Christus wieder zu Ehren gekommen und zum Sakrament erhoben worden. Die Ehegerichtsbarkeit gehöre „demnach" der Kirche. Der Papst tadelt die Usurpation der weltlichen Gewalt, die Kirche müsse „unabhängig" in Ehesachen bleiben, die Eheschließung sei vom Sakrament untrennbar und Wehe den Völkern, welche ohne Zuhülfenahme der Kirche binden und trennen wollten. Namentlich die Scheidung lasse allen bösen Leidenschaften die Zügel frei schießen; die Ehe müsse unlöslich bleiben, der Staat die Kirche und diese den Staat achten und er wünsche warm — die Eintracht der weltlichen und geistlichen Behörden. — Schade, daß der warme Wunsch Leo's durch seine den sämmtlichen Päpsten seit 1517 widerlegten Deduktionen nicht die Eintracht sondern die Zwietracht säet!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 17. Februar. Das Abgeordnetenhaus genehmigte nach Mittheilung der bereits gemeldeten Vertagungsvorlage in dritter Lesung das Notariatsgesetz und nahm das Gesetz über die Verwendung der aus den Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen in zweiter Lesung vorwiegend nach den Kommissionsanträgen an.

Berlin, 17. Februar. Die „Norddeutsche" bezeichnet das Resultat der Reichstags-Präsidentenwahl als überraschend, weil hier die Frage sei, ob die Mehrheit, welche die Präsidentenwahl entschied, auch die dauernde Mehrheit darstelle. Das Gros der die Wahl entscheidenden Gruppen habe das Centrum, flankirt von den Konservativen und der Reichspartei gebildet. Es wäre von großer Wichtigkeit, wenn die konservative und Reichspartei sich event. gewisser Bürgschaften seitens des Centrums versicherten und dem Centrum bezüglich der Haupt-Reichstagsvorlagen, des Socialistengesetzes und des Militärgesetzes, entsprechende Zugeständnisse abgenommen hätten, jedoch darüber fehle noch jede Sicherheit.

Rom, 17. Februar. Die Kammern sind heute wieder eröffnet worden. Die Thronrede kündigt, neben anderen Vorlagen, Gesetzentwürfe über die Wahlreform und eine stufenweise Aufhebung der Mahlsteuer an. Betreffs des Auslandes sagt ein Passus: Wir haben gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten. Dieselben werden uns von allen Staaten erwidert und bestätigen die Ueberzeugung, daß die Unparteilichkeit und Loyalität der Regierungen das sicherste Mittel sind, das Einvernehmen der Völker aufrecht zu erhalten. Die Erhaltung des Friedens ist unser lebhafter Wunsch und von hohem Interesse für Italien; daher sei die skrupulöse Beobachtung des Berliner Vertrages für Italien etwas Natürliches; ebenso ist es für Italien ein Leichtes, seine der Welt ertheilte Zusage zu erfüllen, daß Italien, wieder hergestellt in seiner Einheit, ein Element der Eintracht und des Fortschrittes sein werde.

Petersburg, 17. Februar. Anläßlich des Vorschlages Englands wegen Beilegung des englisch-türkischen Konfliktes schreibt die „Agence russe", daß jede Lösung, welche Griechenland konvenirt könne, die Zustimmung Rußlands finden würde.

Locales und Sächsisches.

— Die königliche Staatsregierung beabsichtigt, das dem Landtage vorliegende Gerichtskostengesetz zurückzuziehen, wenn die Kammern sich geneigt zeigen sollten, einen Zuschlag von 25 Procent zu den jetzigen Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu bewilligen. Auf geschehene Anfrage hat sowohl die Finanzdeputation A. als auch die Gesetzgebungsdeputation der 2. Kammer ihre Genehmigung ausgesprochen, den von der Regierung verlangten Zuschlag zu befürworten, und es steht demnach die Zurückziehung des betreffenden Gesetzes in den nächsten Tagen zu erwarten.

— Der außerordentliche Professor am hiesigen Polytechnikum Dr. phil. Hempel ist zum ordentlichen Professor ernannt worden. Der Oberhoftrompeter Pohsel hat das Verdienstkreuz erhalten.

— Landtag. Das Menu der zweiten Kammer war gestern sehr reichhaltig. Zunächst begründete Abg. Ackermann seine Interpellation über das Vagantenthum. Er rede nicht von in Noth gerathenen und gern jede Arbeit verrichtenden Leuten, nicht von den wandernden Handwerksburschen der guten alten Zeit, die es heute nicht mehr gebe, sondern von Solchen, die aus dem Betteln einen Gewerbebetrieb im Umherziehen machen, die höhnisch ein dargereichtes Stück Brod zurückweisen und Geld verlangen, um dasselbe in der nächsten Schnapsschänke zu vertrinken. Dann wies Redner ziffernmäßig nach, in welch' erschreckender Weise das Vagabondenthum in den letzten Jahren hier und im Reiche angewachsen und wie damit ein allgemeiner sittlicher Verfall zusammenhänge. Wohl könne die Kirche viel thun, allein aber vermöge sie die Beseitigung des Vagantenthums nicht. Allerdings sei es vor Allem Aufgabe des Reiches, hier durch Abänderung des Unterstützungs-Wohnsitzgesetzes (Beseitigung des Landarmenwesens) und Beschränkung der Legitimationsfreiheit, wenigstens für Gewerbsgehilfen (Einführung von Arbeitsbüchern) einzugreifen. Aber auch auf unseren heimischen Gebieten gebe es erwägenswerthe Mittel, als umfassenderen Gebrauch von Aufenthaltsbeschränkungen, Unterbringung von Vagabonden in Correctionshäusern, schärfere Bestimmungen über das Ausweisungsverfahren, Bekanntmachung der Vorbestrafungen für die Behörden ꝛc. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erwiderte, die Regierung würdige die vom Vorredner angeführten Uebelstände im vollsten Maße und habe Alles dagegen gethan, was sie thun konnte. Wer namentlich auf dem Lande und nahe der Grenze wohne, genieße die Annehmlichkeiten des Vagantenwesens im vollen Maße. In nächster Zeit werde die Abhilfe leider noch nicht erfolgen können; dazu müßten die Gemüther noch mehr als bisher vorbereitet sein. Abhilfe werde nur geschaffen, wenn das Landarmenwesen aufhöre und wenn die Strafen für Landstreicher und gewohnheitsmäßige Bettler empfindlicher werden. Für das mit Drohungen verbundene Betteln halte er die Prügelstrafe für am Platze. (Sehr wahr!) Heute und morgen sei das freilich noch nicht zu erreichen. Die Benutzung der Correctionshäuser sei immer nur innerhalb gewisser Schranken möglich. Die Vorbestrafungen den Behörden bekannt zu geben, sei überaus schwierig; nur durch Einführung von Legitimationspapieren sei dieses Ziel erreichbar. Ein Antrag Liebknecht's auf Debatte fiel Mangels Unterstützung. Dann berichtete Abgeordneter Ackermann über das Gesetz über gewerbliche Lehr-Anstalten, welches die Deputation durchgängig abgeändert und schmackhaft gemacht hat, wofür Abg. Walter der Deputation dankte. Sei doch durch die Regierungsvorlage die Existenz vieler wohlentwickelter gewerblicher Lehranstalten bedroht gewesen. Abg. Dr. Krause hielt es nicht für nöthig, ein Gesetz nur deshalb zu machen, um einem unbedeutenden Menschen in Dresden sein kleines Handwerk zu legen, der für Verbreitung der socialistischen Umsturzlehren wirkt. Das Gesetz lasse den Einzelnen ohne allen rechtlichen Schutz. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz entgegnete, nicht der von Dr. Krause im Auge gehabte Fall habe Anlaß zum vorliegenden Entwurf gegeben, sondern ein anderer, der einem ganzen Landestheile zum Scandale gereicht habe. Der Entwurf enthalte übrigens keine schrofferen Bestimmungen als das Volksschulgesetz u. s. w. und so gut wie über das Kultusministerium noch keine Klagen über die Ausführung derselben eingelaufen, dürfe man auch vom Ministerium des Innern eine loyale Anwendung der bezüglichen Bestimmungen erwarten. Abg. Liebknecht erblickt in dem Entwurf ein Polizeigesetz der schlimmsten Art. Es sei, wie der Minister zugegeben, ein Ausnahmegesetz; dem fraglichen scandalösen Vorgange hätte auf anderem Wege begegnet werden können. Er stimme jetzt um so mehr gegen das Gesetz, als sich der Minister kurz vorher für die Prügelstrafe erklärt habe. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz: Liebknecht solle ihm die gesetzlichen Bestimmungen sagen, auf Grund deren er in jenem Falle hätte vorgehen können; dann werde er den Entwurf sofort zurückziehen. Liebknecht: Es hätte müssen polizeilich eingeschritten werden. Abg. Ackermann erklärte, überzeugt zu sein, daß bei der Ertheilung von Genehmigungen zur Errichtung von Anstalten politische Motive nicht in Betracht kommen würden. Nach seiner (Redners) Ansicht besäßen allerdings die, welche die Grundlagen des Staates nicht anerkannten nicht die nöthige Zuverlässigkeit. Hierauf wurde das Gesetz angenommen. Abg. Müller-Colditz referirte über die Wahl des Handelskammersekretär Ruppert in Chemnitz, die s. Z. wegen verschiedener Vorkommnisse bei der Wahl (Verbot einer socialdemokratischen Wählerversammlung, Beseitigung von Plakaten mit Wahlaufrufen für Bahlreich ꝛc.) beanstandet worden war. Auf Grund der angestellten Erörterungen empfahl die Abtheilung, die Ruppert'sche Wahl für ungiltig zu erklären. Dagegen beantragte Abg. Richter-Tharandt, die Giltigkeit der Wahl auszusprechen. Die Conservativen und Nationalliberalen unterstützten diesen Antrag. Antragsteller führte aus, es sei Niemand an der Ausübung seines Wahlrechts behindert worden, zur Ungiltigkeitserklärung liege also kein Grund vor. Abgg. Speck und Penzig schlossen sich dem an; Abg. Dr. Minckwitz erklärte es dagegen als Gewissenssache, für Ungiltigkeitserklärung zu stimmen, um die Wahlen nicht der Polizei-Willkür zu überliefern. Abg. Liebknecht bestritt, daß das Sozialistengesetz die Beschränkung der Wahlfreiheit und der Wahlversammlungen bezwecke, und protestirte feierlichst gegen die Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei den Umsturz wolle; sie sei vielmehr erst die wahre Ordnungspartei. Eine größere Einschüchterung der sozialdemokratischen Wähler als in Chemnitz stattgefunden, sei gar nicht denkbar. Abg. Kirbach ist für den Richter'schen Antrag, verlangt aber, daß bezüglich sämmtlicher in Chemnitz vorgekommenen Unzuträglichkeiten Remedur erfolge, da die Polizei in unerhörter Weise vorgegangen. Abg. Günther: Wenn man heute die Ruppert'sche Wahl für ungiltig erkläre, würden die Polizeibehörden bezüglich ihres Vorgehens gegen die Sozialdemokratie lahmgelegt. Zum Beweise dafür, daß die Sozialdemokratie allerdings auf den Umsturz hinwirke, verliest Redner eine Blumenlese aus sozialdemokratischen Reden und Schriften, die allerdings die Herren Sozialdemokraten als nicht sonderlich sanftmüthige Leute erscheinen läßt. Abg. Walter: Die Abtheilung habe nicht nach Parteifarbe, sondern nur nach Recht und Gesetz gefragt. Gebe man zu, daß bei der Ruppert'schen Wahl Ungehörigkeiten vorgekommen, so müsse man auch die Konsequenzen tragen und die Ungiltigkeit aussprechen. Abg. Freytag: Nicht ein einziger nationalliberaler Abgeordneter würde heute dem Antrage Richter zustimmen, wenn es sich um einen konservativen Abgeordneten handelte (Ruppert ist nat.-lib.). Nach den von den Konservativen heute über die Ausführung des Socialistengesetzes kundgegebenen Ansichten müsse den Nationalliberalen vor dem Bündnisse mit den Konservativen grauen. Durch Richters Antrag werde die Ungesetzlichkeit sanktionirt. Die Würde des Landtags erfordere, daß nicht Abgeordnete mit Hilfe der Polizei in denselben gebracht würden. Für den Antrag Richter sprechen noch Abgg. Pobel und Kirbach, dagegen Abgg. Dr. Schaffrath, Dr. Minckwitz, Dr. Meischner und Müller-Colditz, worauf derselbe mit 45 gegen 26 Stimmen angenommen wurde. Ruppert's Wahl ist also giltig. Auf Vortrag des Abg. Grohl wurde sodann der Regierung zur Erwägung anheim gegeben, inwieweit dahin gewirkt werden könne, die k. Alterbrentenbank nutzbar zu machen, um der Arbeiterbevölkerung im Allgemeinen ein sicheres Auskommen bei eintretender Arbeitslosigkeit zu gewähren. Mit dem an die Stände gelangten Nachweis über die Erörterungen bezüglich des Bedürfnisses eines Waldschutz-Gesetzes erklärte sich die Kammer für befriedigt und sah daher von weiteren Erhebungen in dieser Beziehung z. Z. ab, doch wurde die Regierung ersucht, dem Landeskulturrath Veranlassung zu geben, dahin zu wirken, daß durch das landwirthschaftliche Vereinswesen und durch die landwirthschaftliche Presse auf den großen Werth einer